

Dornbirn, 30. Jänner 2020

Protokoll

36. Sitzung der Stadtvertretung

Aktenzahl 1100-StV-Protokoll-2020-1/36

Die Sitzung findet am Donnerstag, 30. Jänner 2020, 19:15 Uhr, im Sitzungssaal 133 des Rathauses unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann statt.

36. Sitzung der Stadtvertretung

	Partei	anwesende Stadtvertreter	
1	VP	Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann, Bürgermeisterin	
2	VP	Mag. Martin Ruepp, Vizebürgermeister	
3	SPÖ	Mag. Gebhard Greber, Stadtrat	
4	FPÖ	Christoph Waibel, Stadtrat	
5	VP	Marie Louise Hinterauer, Stadträtin	
6	GRÜNE	Mag. Dr. Juliane Alton, Stadträtin	
7	VP	Josef Moosbrugger	Dr. Gottfried Waibel
8	SPÖ	Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger	
9	VP	Dr. Thomas Winsauer M.B.L.	Bernhard Gobber
10	FPÖ	Elke Korn	
11	VP	Melanie Forer-Pernthaler	Kurt Salzmann
12	GRÜNE	Vahide Aydin	
13	SPÖ	Markus Fäßler, Stadtrat	
14	VP	Mag. Jochen Weber	
15	NEOS	Mag. Michael Klocker	
16	VP	Mag. Dr. Hanno Lecher	Simon Schwark, B.Sc.
17	FPÖ	Mag. Daniel Spiegel	
18	SPÖ	Mag. Konstantin Eleftheriadis	
19	VP	Verena Zoppel-Geiger	
20	GRÜNE	DI Martin Konzett	
21	VP	Ing. Christoph Winder	Johanna Klocker
22	FPÖ	Wernfried Amann	
23	VP	Helga Dünser	
24	SPÖ	Dominik Steinwider	
25	VP	Dr. Andreas Fussenegger	Klaus Herburger
26	GRÜNE	Ingrid Benedikt	
27	VP	Martin Klocker	Jakob Wirth
28	SPÖ	Thomas Hopfner	

29	FPÖ	Ingeborg Künz	Walter Schönbeck
30	VP	Reinold Diem	
31	VP	Julian Fässler, Stadtrat	
32	SPÖ	Filiz Imirgi	Janez Svigelj
33	NEOS	Elisabeth Feuerstein	
34	GRÜNE	MMag. Thomas Mazzurana	DI Martin Hämmerle
35	VP	Dr. Alexander Juen, Stadtrat	
36	FPÖ	Alois Salcher	

Anwesende "Auskunftspersonen"

SAD Dr. Hanno Ledermüllner
 Mag. Sabine Sandholzer-Hämmerle
 MMag. Elisabeth Fink-Schneider
 Monika Thaler
 DI Martin Assmann
 Mag. Guntram Mathis

Ing. Andreas Müller (zu Punkt 5)
 DI Josef Wirth (zu Punkt 9)

Mag. Ralf Hämmerle

Schriftführerin

Karin Rusch

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung der Mitglieder der Stadtvertretung sowie ihre Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung wird diese einstimmig um Punkt

10 BA 21 (Bleichestraße, Josef-Ganahl-Straße, Bahnhofstraße, Dr.-Ölz-Straße, Stiglingen) –
 Baubeschluss

erweitert.

StR. Dr. Juliane ALTON zieht den von ihrer Fraktion eingebrachten Tagesordnungspunkt

8 Petition betreffend die Platane Schulgasse 7

als eigenen Tagesordnungspunkt zurück. Dieser Punkt wird unter dem Tagesordnungspunkt
 Berichte behandelt.

Es ergibt sich somit folgende

Tagesordnung

1 Berichte und Anfragebeantwortungen

- 2 Vertragsraumordnungen, Verwendungsvereinbarungen
- 3 Verordnungen über das Maß der baulichen Nutzung
- 4 Änderungen des Flächenwidmungsplans – Einzelfälle
- 5 Dornbirner Umwelt- und Energieprogramm 2020
- 6 Bestandsvertrag Hochseilgarten Ebnit
- 7 Gemeindeinformatik GmbH – Abtretung der Geschäftsanteile an den Vorarlberger Gemeindeverband
- 8 Beratung über Berichte des Prüfungsausschusses
- 9 BA 21 (Bleichestraße, Josef-Ganahl-Straße, Bahnhofstraße, Dr.-Ölz-Straße, Stiglingen) – Baubeschluss
- 10 Allfälliges
- 11 Genehmigung des Protokolls der 35. Sitzung der Stadtvertretung vom 12. Dezember 2019

1 Berichte und Anfragebeantwortungen

1.1

Über Mitteilung der VORSITZENDEN wird bezugnehmend auf Punkt 16.2 der Sitzung der Stadtvertretung vom 12. Dezember 2019 die Anfragebeantwortung der Abteilung Stadtamtsdirektion vom 2. Jänner 2020 betreffend „Protokolle auf der Homepage“ zur Kenntnis genommen.

1.2

Über Mitteilung der VORSITZENDEN wird bezugnehmend auf Punkt 16.3 der Sitzung der Stadtvertretung vom 12. Dezember 2019 die Anfragebeantwortung der Abteilung Stadt- und Verkehrsplanung vom 10. Jänner 2020 betreffend „Flachdach in der Weißachergasse“ zur Kenntnis genommen.

StV. Ingrid BENEDIKT merkt an, dass der zweite Teil der Anfrage noch offen sei. Sie ersucht um Beantwortung der Anfrage betreffend „Flachdach beim geschwungenen Glaspavillon an der Ecke Angelika-Kauffmann-Straße/Bergstraße/Dr.-Waibel-Straße“.

1.3

Die VORSITZENDE verweist auf die geänderte Tagesordnung. Der von den Grünen eingebrachte Tagesordnungspunkt „Petition betreffend die Platane Schulgasse 7“ werde wie beschlossen unter dem Tagesordnungspunkt Berichte behandelt.

StR. Dr. Juliane ALTON berichtet, dass die Grünen die Petition auf vielfachen Wunsch der Bürgerinnen und Bürger gestartet hätten. Die Verlängerung der Fußgängerzone in der Schulgasse nach Süden sei ein sehr guter Beschluss. Allerdings sei die 40 Jahre alte Platane, die im

Stiegenaufgang der Schulgasse zur Europapassage stehe, nicht mehr in den Gestaltungsplänen vorzufinden. Die Unterzeichner wollen, dass der Baum erhalten bleibe und weiterhin kühlenden Schatten spende.

Es seien bereits viele Bäume im Kirchenpark und im nördlichen Bereich der Schulgasse verloren gegangen. Es gehe einerseits um diesen konkreten Baum und andererseits auch um diesen Baum als Symbol. Man müsse sich eine neue Kultur zulegen, wie in dieser Stadt mit Bäumen umgegangen werde; nicht mehr achtlos, sondern wertschätzend.

StR. Dr. Juliane ALTON überreicht die Petition, die von über 1000 Personen unterschrieben wurde, an die Vorsitzende. Sie gehe davon aus, dass die Stadtvertretung sorgfältig und vorausschauend mit dem Wunsch der Bevölkerung umgehen werde.

Die VORSITZENDE bedankt sich für die Erläuterung der Petition. Dass mit den Bäumen sorglos oder unsensibel umgegangen werde, könne sie so nicht stehen lassen. Man gehe sehr achtsam mit den Bäumen um; auch hier werde das versucht.

StVE. Walter SCHÖNBECK merkt an, dass er das Anliegen unterstütze; die Petition sei gut. Der Baum soll erhalten bleiben.

StR. Markus FÄSSLER merkt an, dass die SPÖ ebenfalls das Ansinnen zum Schutz der Platane unterstütze. Es sei sehr wichtig, den Baumbestand in der Stadt Dornbirn zu erhalten; der Baum sei ein guter Schattenspender. Sollte es aufgrund von Bauarbeiten, Barrierefreiheit etc. nicht möglich sein, den Baum zu erhalten, dann müsse eine adäquate Ersatzlösung gefunden werden.

Auch Vizebgm. Mag. Martin RUEPP spricht sich für die Richtigkeit des Ansinnens aus. Er erläutert, dass es zur Gestaltung einen Wettbewerb gegeben habe. Derzeit gebe es weder einen Beschluss, den Baum zu fällen, noch ihn zu erhalten. Diese Entscheidung könne erst nach der Detailplanung getroffen werden. Wenn der Baum erhalten werden könne, wäre er dafür.

2 Vertragsraumordnungen, Verwendungsvereinbarungen

Dem Abschluss einer Vereinbarung gemäß § 38a Abs. 2 lit a RPG zwischen Karin und Wolfgang Fässler und der Stadt Dornbirn, entsprechend dem beigelegten Vertrag, wird zugestimmt.
(einstimmig)

3 Verordnungen über das Maß der baulichen Nutzung

Die Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Gst.-Nr. 5675/5, Gebiet Bürgle, KG Dornbirn, mit folgendem Inhalt wird beschlossen:

- a) Für das gesamte Grundstück Gst.-Nr. 5675/5, KG Dornbirn, wird eine Baunutzungszahl von mindestens 30 festgelegt.
- b) Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(einstimmig)

4 Änderungen des Flächenwidmungsplans – Einzelfälle

Aus Gründen der Befangenheit tritt die VORSITZENDE den Vorsitz an Vizebgm. Mag. Martin RUEPP ab. Sie nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Vizebgm. Mag. Martin RUEPP erläutert die vorliegenden Anträge.

StVE. Walter SCHÖNBECK fragt nach, ob die Stadt bei der Verschiebung der Roten-Punkt-Widmung haftbar sei, wenn dort etwas passiere.

Vizebgm. Mag. Martin RUEPP erläutert, dass der Rote Punkt nichts mit einer Gefahr zu tun habe und daher keine Haftung für die Stadt bestehe. Solche Dinge wie z. B. ob es eine Gefahrenzone sei oder nicht, müssen im Zuge eines Bauverfahrens geklärt werden.

Beschluss

Über Anträge der Abteilung Stadtentwicklung, Stadt- und Verkehrsplanung wird der Flächenwidmungsplan wie folgt geändert:

a) Folgende Anträge werden als Änderung beschlossen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung-Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung-Änderung Ersichtlichmachung	FW- Fläche m ²
92001	Messestraße 20141	Freifläche-Freihaltegebiet	Baufläche-Wohngebiet	1588
92001	Messestraße 3438/5	Freifläche-Freihaltegebiet	Baufläche-Wohngebiet	2
92001	Bobletten 4610	Bauerwartungsfläche- Betriebsgebiet Kategorie II	Baufläche-Betriebsgebiet Kategorie II	247
92001	Oberfallenberg 12445/2	Baufläche-Wohngebiet (Roter Punkt)	Freifläche- Landwirtschaftsgebiet	-

92001	Oberfallenberg 12444/1	Freifläche- Landwirtschaftsgebiet	Baufläche-Wohngebiet (Roter Punkt)	-
92001	Bürgle 5675/5	Freifläche- Landwirtschaftsgebiet	Baufläche-Wohngebiet befristet; Folgewidmung: Bauerwartungsfläche- Wohngebiet	192
92001	Bürgle 19643	Freifläche- Landwirtschaftsgebiet	Verkehrsfläche-Straßen	69
92001	Bürgle 19643	Baufläche-Wohngebiet	Verkehrsfläche-Straßen	75
92001	Niederbahn 2802/4	Baufläche-Wohngebiet	Freifläche-Sondergebiet Kleingärten befristet; Folgewidmung: Bauerwartungsfläche- Wohngebiet	2567

b) Folgende Anträge werden als Entwurf beschlossen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung-Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung-Änderung Ersichtlichmachung	FW- Fläche m ²
92001	Rohrbach 9009/12	Baufläche-Wohngebiet	Baufläche-Wohngebiet – besondere Fläche für sonstige Handelsbetriebe – H3, max. Verkaufsfläche 599m ² (Waren gemäß § 15 Abs 1 lit a Z2)	925
92001	Rohrbach 9010	Baufläche-Wohngebiet		1747

(einstimmig – Bgm. Dipl.-Vw. Andrea KAUFMANN nimmt wegen Befangenheit an der Beratung und Abstimmung nicht teil)

5 Dornbirner Umwelt- und Energieprogramm 2020

Die VORSITZENDE berichtet, dass die Stadt seit über 20 Jahren sehr aktiv in diesem Bereich sei. Dornbirn sei e5-Gemeinde und habe viele Auszeichnungen erhalten. Die DUP-Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der relevanten Abteilungen und den verschiedenen Referenten und zuständigen Stadträten, habe sehr intensiv zusammengearbeitet. Jährlich habe man gemeinsam einen Maßnahmenplan entwickelt und als verwaltungsanweisendes Programm beschlossen. Im letzten Jahr habe man das Umweltleitbild der Stadt Dornbirn vor allem in Bezug auf das Thema Klimawandel überarbeitet und im Stadtrat im Oktober 2019 einstimmig beschlossen. Der jetzt vorliegende Maßnahmenkatalog beinhalte auch sämtliche Klimawandelanpassungsmaßnahmen.

Vizebgm. Mag. Martin RUEPP informiert ausführlich über die Entwicklung der DUP-Arbeitsgruppe. Dornbirn habe als erste Stadt am e5-Programm teilgenommen. 2003 habe die erste Zertifizierung stattgefunden. Dornbirn habe damals 58 % erreicht und damit 3e und das erste Mal den european energy award erhalten. Seit 2004 werde jährlich ein umfassender Energiebericht über alle städtischen Gebäude und Anlagen erstellt. Viele weitere Maßnahmen wie z. B. die Einführung des betrieblichen Mobilitätsmanagements, die Einführung energetischer und ökologischer Mindeststandards, die Umweltwoche, die Inbetriebnahme des Holzheizwerks, Elektrofahrräder für die Bediensteten der Stadt Dornbirn, die Einrichtung des Dornbirner Ökostromfonds etc. konnten umgesetzt werden. Es sei auch gelungen, die CO₂-Bilanz deutlich zu verbessern.

Die Arbeitsgruppe sei mit politischen Ressortleitern und den zuständigen Abteilungsleitern besetzt worden. Alle Beschlüsse in dieser Arbeitsgruppe habe man einstimmig gefasst.

Aufgrund der zahlreich gesetzten Maßnahmen zähle Dornbirn zu den e5-Gemeinden und habe viele Auszeichnungen wie den european energy award in Gold oder mehrmals den VN-Klimaschutzpreis erhalten.

Für die Zukunft gebe es noch viel zu tun. Ideen wie z. B. die Dornbirn-Gütle-Bezau-Bahn oder Photovoltaik-Anlagen bei den Messehallen seien zu prüfen.

Er bedanke sich herzlich für die gute Arbeit, die gemeinsam geleistet wurde.

StR. Markus FÄSSLER merkt an, dass Dornbirn im Bereich Umwelt- und Energiepolitik sehr viel erreicht habe. Umgesetzt werden konnten der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Ausbau des Rad- und Fußgängernetzes, Photovoltaikanlagen auf den verschiedenen öffentlichen Gebäuden etc. Im Bereich Klimaschutz müssen noch viele weitere Maßnahmen verstärkt werden wie naturnahe Stadteilparks, weiterer Ausbau der Stadtbushaltestellen etc. Wichtig wäre die Umsetzung von Sofortmaßnahmen wie die Errichtung von Trinkwasserstellen, die Schaffung zusätzlicher Parkanlagen, Sonnensegel, Baumpflanzungen etc.

StV. Elisabeth FEUERSTEIN berichtet, dass Vorschläge der NEOS wie z. B. die Erhaltung der historischen Brunnenanlagen aufgenommen worden seien. Zusätzlich hätten sie Vorschläge wie die Verwendung von heimischem Holz bei Bauprojekten, ein Förderprogramm für Qualitätsfleisch, schützen und nützen der Hochstamm bäume, Trockensteinmauern inventarisieren und sanieren, Zisternen mit nachgeschalteter Versickerung fördern, eingebracht. Wichtig wäre die Einrichtung einer Steuerungsgruppe, die jedes Bauprojekt der Stadt in Hinblick auf die Ökobilanz beurteilt und ausschreibt. Es soll eine Karte mit den Bodenertragswerten zur Verfügung stehen.

StR. Christoph WAIBEL merkt an, dass in Dornbirn viele gute Ideen umgesetzt worden seien. Man habe Visionen wie z. B. die Umstellung des Energiesystems der Eishalle. Auch bei den Schulen

bestehe Handlungsbedarf; die Gebäude seien teilweise überhitzt und es würden Beschattungen fehlen. Eine Erweiterung des Steinbruchs käme für ihn derzeit nicht in Frage.

Die VORSITZENDE ergänzt, dass der Stadtrat kürzlich einstimmig eine klare Stellungnahme zum Steinbruch abgegeben habe. Weder an der Quantität noch an der Qualität der Quelle dürfe sich etwas ändern.

StR. Dr. Juliane ALTON merkt an, dass man in den vergangenen Jahren viel erreicht habe. Das Zusammenarbeiten in der Gruppe, in der alle Fraktionen und alle Abteilungen der Verwaltung beteiligt seien, sei sehr gut. Das heute zu beschließende Programm sei sehr umfangreich und ambitioniert; ergänzt um Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimawandelanpassung. Wichtig sei die laufende Überprüfung der Umsetzung der Maßnahmen. Eine zentrale Maßnahme sei der sogenannte Klimacheck. Im Bereich des Verkehrs sei viel zu tun; man müsse mehr Sicherheit für die Fußgänger und Radfahrer erreichen und der öffentliche Verkehr müsse sukzessiv ausgebaut werden.

Als Stadt habe man viel erreicht. Jetzt müsse man die gesamte Bevölkerung auf den Weg zum Klimaschutz mitnehmen.

StR. Mag. Gebhard GREBER betont, dass die Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg und auch zwischen der Politik und der Verwaltung in diesem Bereich sehr gut funktioniert habe. Das Ergebnis sei dementsprechend sehr gut. Die Stadt Dornbirn habe in der Umweltthematik eine Vorreiterrolle eingenommen. Beim Thema Einführung eines Klimachecks habe man nach intensiven Diskussionen ein sehr brauchbares Ergebnis erzielen können. Ein Klimacheck sei zwar sinnvoll; allerdings plädiere er dazu, den Klimacheck als Teil eines umfassenden Nachhaltigkeitschecks zu verstehen. In diesem Zusammenhang seien insbesondere auch soziale und ökonomische Fragen zu bewerten. Man müsse das gesamthaft betrachten und nicht nur einseitig. Offen sei, wie ein Klimacheck durchgeführt werden könne; das müsse noch geprüft werden. Die zweite Frage sei, was der Klimacheck in den Auswirkungen bedeute und was das für Folgen habe. Wichtig sei, dass der Check handelbar sei; es dürfe nicht zu einer Überbürokratisierung führen.

StV. Ingrid BENEDIKT spricht sich ebenfalls für einen Nachhaltigkeitscheck aus.

StVE. Walter SCHÖNBECK betont ebenfalls die gute Zusammenarbeit. Viele Maßnahmen konnten umgesetzt und Verbesserungen erzielt werden. Das Umweltprogramm sei gut.

Beschluss

- a) Das in Konkretisierung des Dornbirner Umweltleitbildes erarbeitete Dornbirner Umwelt- und Energieprogramm 2020 (Maßnahmenkatalog) wird als verwaltungsanweisendes Arbeitsprogramm beschlossen.
- b) Die Umsetzung der Maßnahmen durch die zuständigen Abteilungen des Amtes soll entsprechend dem enthaltenen Zeitplan und in Abstimmung mit den budgetären Möglichkeiten erfolgen.
- c) Durch geeignete Information sind die Inhalte des Dornbirner Umweltleitbildes und des Umwelt- und Energieprogrammes der Bevölkerung und der Verwaltung näherzubringen und diese zur Mitwirkung zu gewinnen.

- d) Im Sinne eines dynamischen Planungsverständnisses ist das Dornbirner Umwelt- und Energieprogramm stetig zu aktualisieren und bei wesentlicher Änderung der Rahmenbedingungen anzupassen.

(einstimmig)

6 Bestandsvertrag Hochseilgarten Ebnit

- a) Die Stadt Dornbirn verpachtet die Liegenschaften Gst.-Nr. 42, Gst.-Nr. 43, Gst.-Nr. 48/2, Gst.-Nr. 132 und Gst.-Nr. 136, jeweils EZ 83 sowie Gst.-Nr. 130 und Gst.-Nr. 35/3, jeweils EZ 74, GB 92002 Ebnit I, zum Betrieb eines Hochseilgartens beginnend mit 01.07.2019 für unbestimmte Zeit an den Sportverein Ebnit. Als Bestandszins wird jährlich ein wertgesicherter Betrag iHv € 900,00 festgesetzt. Sämtliche Kosten, Gebühren und Steuern trägt der Sportverein Ebnit.
- b) Die Stadt Dornbirn stimmt einer Einschränkung der Erneuerungs-, Instandhaltungs- und Reparaturpflicht hinsichtlich des Themenparks zu.

(einstimmig)

7 Gemeindeinformatik GmbH – Abtretung der Geschäftsanteile an den Vorarlberger Gemeindeverband

- a) Die Stadt Dornbirn stimmt der Abtretung der Geschäftsanteile an den Vorarlberger Gemeindeverband in Höhe der geleisteten Stammeinlage in Höhe von € 8.362,01 an den Vorarlberger Gemeindeverband zu.
- b) Die Beschlussfassung über alle hierfür notwendigen Verträge wird an den Stadtrat delegiert.

(einstimmig)

8 Beratung über Berichte des Prüfungsausschusses

8.1

Der Bericht von StV. Mag. Konstantin ELEFTHERIADIS, Obmann des Prüfungsausschusses, über die 41. Sitzung des Prüfungsausschusses vom 24. September 2019, Punkt 2, betreffend „Dornbirner Sport- und Freizeitbetriebe GmbH“ wird von der Stadtvertretung zustimmend zur Kenntnis genommen.

8.2

Der Bericht von StV. Mag. Konstantin ELEFTHERIADIS, Obmann des Prüfungsausschusses, über die 42. Sitzung des Prüfungsausschusses vom 22. Oktober 2019, Punkt 2, betreffend „Ausschlaggebende Kriterien, Entscheidungsprozesse und Nachhaltigkeit von Liegenschaftserwerben am Beispiel – Gst.-Nr. 4656/1 (HagnLeone), Gst.-Nr. 21139 (Postgebäude)

und Gst.-Nrn. 1548 und 1552 (Umfeld Energieplatz)“ wird von der Stadtvertretung zustimmend zur Kenntnis genommen.

9 BA 21 (Bleichestraße, Josef-Ganahl-Straße, Bahnhofstraße, Dr.-Ölz-Straße, Stiglingen) – Baubeschluss

StR. Mag. Gebhard GREBER erläutert ausführlich den vorliegenden Amtsbericht der Abteilung Wasserwerk. Ziel dieser Baumaßnahmen sei, die Versorgungssicherheit der Wasserversorgung zu erhöhen.

Die Stadt Dornbirn beziehe rund 1/3 des Wassers aus eigenen Quellen, ca. 15 % aus der Quelle Klien und den Rest über den Rheintalwasserverband von Mäder. Diese verschiedenen Standbeine müssten erhalten bleiben. Insbesondere die Gebirgsquelle Klien habe eine große Bedeutung; hier dürfe es keine Beeinträchtigung geben. Die Wasserversorgung müsse in öffentlicher Hand bleiben. Er bedanke sich herzlich bei den Mitarbeitern des Wasserwerks für die ausgezeichnete Arbeit.

Die VORSITZENDE ergänzt, dass der Stadtrat zu prüfen angeregt habe, ob im Zuge der Arbeiten in der Josef-Ganahl-Straße auch die Oberflächensanierung durchgeführt werden könne.

Beschluss

Der Umsetzung des Bauabschnittes 21 (Bleichestraße, Josef-Ganahl-Straße, Bahnhofstraße, Dr.-Ölz-Straße, Stiglingen) gemäß den Plänen von M+G Ingenieure, Feldkirch, wird zugestimmt. Es werden Netzerweiterungen bzw. Netzverstärkungen von rund 1.950 m ausgeführt, weiters wird das Fernwirkssystem erneuert. Die Gesamtkosten betragen € 1.534.000,00 netto.

Nach Vorliegen der behördlichen Bewilligungen ist beim Land Vorarlberg und beim Umweltfonds der Republik um die Förderungen anzusuchen.

Die Umsetzung erfolgt in den Jahren 2020 bis 2021.

(einstimmig)

10 Allfälliges

10.1

StV. Vahide AYDIN berichtet, dass die neue Stadtbibliothek nicht barrierefrei zugänglich sei; das betreffe die beiden Innentüren. Techniker hätten bereits Einstellungen an den Innentüren vorgenommen, dass sich die Türen leichter öffnen lassen; das reiche aber nicht für einen barrierefreien Zugang aus.

Sie ersuche um Beantwortung folgender Fragen:

Waren bei der Planung der Stadtbibliothek auch Menschen mit Behinderungen, Seniorinnen und Senioren, Eltern mit Kleinkindern involviert?

Bis wann könne mit der Behebung dieser Barriere gerechnet werden?

Was könne die Stadt unternehmen, dass solche Barrieren in Zukunft vermieden werden?

Die VORSITZENDE erläutert, dass die Problematik bekannt sei. Man habe sich in den letzten Tagen intensiv damit beschäftigt. Man habe alle ÖNORMEN und Baugesetze der Barrierefreiheit

erfüllt. Neben der Barrierefreiheit habe man auch brandschutztechnische Vorgaben erfüllen müssen. Die Bauabteilung sei bereits involviert. Es werde geprüft, wie der Konflikt zwischen Brandschutztür und noch besserer Barrierefreiheit gelöst werden könne.

StV. Ingrid BENEDIKT merkt an, dass es auch beim SPZ und beim Zubau des Rathauses Probleme beim barrierefreien Zugang gegeben habe. Sie frage sich, warum das nicht von vornherein bedacht werde. Sie schlägt vor, eine zuständige Person für diesen Bereich zu benennen.

Die VORSITZENDE ergänzt, dass das natürlich bedacht worden sei. Man habe versucht, aus mehreren Möglichkeiten die beste Lösung zu finden. Oft stelle sich diese erst im laufenden Betrieb heraus. Man werde prüfen, ob es eine bessere Lösung gebe.

10.2

StV. Dominik STEINWIDDER berichtet, dass es verschiedene neue Stoffwindelsysteme gebe. Es gebe auch sehr viele umweltbewusste Eltern. Allerdings sei so ein Startpaket in der Anschaffung sehr teuer.

Er regt an, zu prüfen, wie die Stadt umweltbewusste Eltern bei einem Startpaket unterstützen könne.

StR. Dr. Juliane ALTON merkt an, dass sie diese Anregung auch im Stadtrat eingebracht habe. Die Anschaffung sei kostspielig, aber auch die anfallenden Müllgebühren, da man mit den Müllsäcken nicht auskomme. Sie habe auch schon angeregt, einen Gutschein für jedes Kind auszustellen, das mit Stoffwindeln gewickelt wird.

10.3

StV. Mag. Michael KLOCKER berichtet, dass Vizebgm. Mag. Martin Ruepp im letzten Jahr zum Thema Projektkostenabrechnungen berichtet habe.

Er habe sich die Aufstellung genauer angeschaut und ein paar Anregungen dazu.

Vizebgm. Mag. Martin Ruepp habe in seiner Kostenaufstellung lediglich die letzten beschlossenen Kostenrahmen den Endabrechnungen gegenübergestellt. So würden die Zahlen ein bisschen schöngerechnet.

Er selbst habe zwei Auflistungen erstellt. Anhand seiner aufgestellten Vergleiche ergäben sich seiner Meinung nach andere Überschreitungen der Kosten. Er fordere, dass man in Zukunft bei den Projekten den Baubeschluss heranziehe und diesen mit der Endabrechnung vergleichen soll und nicht den letzten erhöhten Kostenrahmen. Die Lebenszykluskosten sollten auch miteinbezogen werden. Es sei notwendig, eine standardisierte Gesamtabrechnung der Baukosten zu machen. Diese soll der Stadtvertretung zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Es bestehe dringender Handlungsbedarf.

Die VORSITZENDE erläutert die Unterschiede der verschiedenen Beschlüsse. Ein Grundsatzbeschluss sei eine reine Kubaturschätzung. Es werde die Kubatur herangenommen und eine Schätzung aufgrund eines m²-Preises vorgenommen. Anschließend werde der Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Nach dem Architekturwettbewerb würden Detailplanungen gemacht, das Raumprogramm nochmals überprüft und genauer erstellt und Nutzergespräche geführt. Das führe dann in einen Baubeschluss; das sei schließlich jener Wert, den Mag. Michael Klocker als Baubeschluss-Errichtungskosten bezeichne. Mit diesem Baubeschluss gehe man in die Umsetzung. Im Laufe der Errichtung könne es manchmal dazu kommen, dass sich Anforderungen ändern, Materialien getauscht würden etc. Diese Anliegen würden diskutiert und im Fall der Realisierung zuvor in den zuständigen Gremien beschlossen. Sollten Erhöhungen des Kostenrahmens beschlossen werden, so sei dieser Wert mit den tatsächlichen Kosten zu vergleichen. Die Darstellung von Vizebgm. Mag. Martin Ruepp sei richtig.

StVE. Walter SCHÖNBECK merkt an, dass der Vorwurf von Mag. Michael Klocker betreffend Beschönigung der Zahlen nicht stimme. Die Bauprojekte habe man die letzten Jahre sehr detailliert sorgfältig abgewickelt. Kostenerhöhungen habe man in den verschiedenen Gremien besprochen und Beschlüsse dazu gefasst. Die Darstellung von Vizebgm. Mag. Martin Ruepp sei korrekt.

StV. DI Martin KONZET merkt an, dass es verschiedene Betrachtungsweisen gebe. Ihm sei Transparenz wichtig.

Vizebgm. Mag. Martin RUEPP merkt an, dass die Zahlen seiner Darstellung vom Amt stammten. Das Amt sei in diesen Zahlen sehr, sehr verlässlich. Man habe immer nur Dinge verglichen, denen Beschlüsse der entsprechenden Gremien zugrunde lägen. Beschlüsse der Gremien dürfen nach dem Gemeindegesetz auch verändert werden.

10.4

StR. Mag. Gebhard GREBER berichtet, dass die heutige Sitzung seine letzte Stadtvertretungssitzung sei. Er sei 22 Jahre Fraktionsvorsitzender und 24 Jahre Mitglied im Stadtrat gewesen. Trotz seiner freudvollen Doppelbelastung – Beruf und Stadtratstätigkeit – habe er immer versucht, dass seine Familie nicht zu kurz komme. Trotz der heutigen Wehmut freue er sich darauf, für seine vielfältigen anderen Interessen mehr Zeit zu haben. Er sei mit großer Freude und Inbrunst dabei gewesen und es sei eine faszinierende Aufgabe gewesen, die eigene Stadt mitgestalten zu können. Er habe sich immer dem Gemeinwohl verpflichtet gefühlt und sich für Chancengleichheit für alle eingesetzt. Es sei ihm wichtig gewesen, auch die kleinen Anliegen der Menschen ernst zu nehmen. Politik dürfe nicht nur von einer Seite betrachtet werden. Verantwortungspolitik heiße, ökonomische Vernunft und soziale Verantwortung zusammenzubringen.

Dornbirn habe eine Politikultur, die von einem respektvollen Umgang miteinander getragen werde. Miteinander habe man viele Dinge geschaffen. Man habe ein vertrauensvolles Verhältnis zueinander aufgebaut. Allerdings habe es eine Situation gegeben, die ihm sehr nahegegangenen sei und ihn lange beschäftigt habe. Aus der Mitte der Stadtvertretung – und es sei nicht die Mehrheitspartei gewesen – habe er eine Anzeige der Korruptionsstaatsanwaltschaft erhalten. Das habe sich mittlerweile alles in Luft aufgelöst. Diese Anschuldigung habe ihn sehr getroffen. Die

moralische Integrität sei für ihn sehr wichtig. Das sei der Dornbirner Politik nicht würdig gewesen. Auf so eine Ebene dürfe man nicht kommen.

Er bedanke sich sehr für die sachliche Arbeit, die geleistet worden sei. Er wünsche sich, dass unsere Stadt eine offene Stadt bleibe.

Vizebgm. Mag. Martin RUEPP berichtet, dass es auch für ihn die letzte Stadtvertretungssitzung sei. Er bedanke sich beim Gebhard Greber für seine Worte. Er könne sich in vielen Punkten Gebhard Greber anschließen.

Er bedanke sich herzlich bei allen. Es sei eine schöne, intensive, erlebnisreiche Zeit gewesen. Man habe viel miteinander bewegt. Er würde es jederzeit wieder machen, auch in dieser vollen Länge, ob das 35 Jahre Stadtvertretung oder fast 21 Jahre Vizebürgermeister seien. Er freue sich auf die Zeit danach.

StVE. Walter SCHÖNBECK versichert, dass er gerne mit Gebhard Greber und Martin Ruepp zusammengearbeitet habe. Das gehe ihm schon ein bisschen ab, auch diese freundschaftlichen Gespräche über die Parteipolitik hinweg. Er wünsche beiden alles Gute.

StV. Mag. Michael KLOCKER spricht einen herzlichen Dank aus. Man sei nicht immer einer Meinung gewesen und als Oppositionspartei habe man es immer ein bisschen schwieriger. Er habe versucht, das Ganze sachlich zu sehen. Für ihn sei Familie das Wichtigste. Seine politischen Tätigkeiten hätten ein sehr großes Ausmaß angenommen. Daher werde er in die zweite Reihe gehen und nicht als Spitzenkandidat antreten. Er bedanke sich herzlich für die Zusammenarbeit und das vertrauensvolle Arbeiten.

Die VORSITZENDE merkt an, dass etwas Wehmut und Emotion drinnen sei, wenn man fünf Jahre intensiv in dieser Konstellation zusammengearbeitet habe; nicht nur in der Stadtvertretung, sondern auch in den verschiedenen Ausschüssen und im Stadtrat. Einige der heute Anwesenden seien in der nächsten Periode nicht mehr mit dabei. Man werde eine neue Zusammensetzung der Stadtvertretung und des Stadtratskollegiums haben. Mit Gebhard Greber und Martin Ruepp würden zwei politische Urgesteine von der Dornbirner Polit-Bühne abtreten.

Sie bedanke sich bei allen ganz herzlich für die letzten fünf Jahre. Man habe über die Fraktion hinweg oft hart diskutiert. Die Debatten seien überwiegend sehr sachlich und in den seltensten Fällen sei man persönlich untergriffig geworden. Sie hoffe, dass man diesen Dornbirner Stil auch in der neuen Stadtvertretung beibehalten werde. Das mache uns stark in den Entscheidungen, nach außen und im Weiterbringen unserer Stadt. Sie freue sich auf die nächste Funktionsperiode und auf die Zusammenarbeit mit jenen, die weiterhin dabei sind. Jenen, die in die zweite Reihe oder in den Ruhestand gehen, wünsche sie alles Gute; es werde ein neuer Lebensabschnitt sein. Die letzten Jahre seien auch für die Stadt und für die Dornbirner Bevölkerung sehr gelungene Jahre gewesen. Gemeinsam habe man Dornbirn sehr gut weitergebracht. Dafür bedanke sie sich sehr herzlich bei allen Beteiligten.

11 Genehmigung des Protokolls der 35. Sitzung der Stadtvertretung vom 12. Dezember 2019

Die Protokolle über die öffentliche und nichtöffentliche 35. Sitzung der Stadtvertretung vom 12. Dezember 2019 werden in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Ende der Sitzung: 22:21 Uhr

Die Schriftführerin

Die Vorsitzende

Karin Rusch

Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann